

OA-UPDATE SÜDOSTEUROPA

OA-Update 08 / 17. Oktober 2025



Mit dieser Ausgabe unseres Südosteuropa-Updates informieren wir Sie wieder über die aktuellen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in der Region. Wir berichten unter anderem über hochrangige Treffen im Rahmen des Berlin Prozesses, die Westbalkan-Reise der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sowie die operative Einführung der

Single Euro Payments Area (SEPA) in Albanien und Montenegro, Moldau und Nordmazedonien. Außerdem verzeichnen wir die Ergebnisse der Kommunalwahlen in Kosovo vom 12. Oktober 2025 und vieles mehr.

In der Rubrik Konjunktur haben wir für Sie die Handelszahlen der ersten acht Monate des Jahres 2025 sowie die Zahlen der Herbstprognose der EBRD aufbereitet.

Alle Rubriken dieser Ausgabe hier im Überblick:

- **Wirtschaftspolitik**
- **Konjunktur**
- **Kommende Veranstaltungen**
- **Tipps & Links**
- **Kontakt**

Ursula von der Leyen besucht Länder des Westlichen Balkans

Vom 13. bis 16. Oktober besuchte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die sechs Länder des Westlichen Balkans. Ziel war es die Unterstützung der EU für deren Beitrittsprozess zu bekräftigen. Im Fokus steht dabei der Wachstumsplan von über sechs Milliarden Euro für die Jahre 2024 bis 2027. EUalive berichtet [hier](#)

Auftakt der Reise war am 13. Oktober der Besuch in Albanien, wo sie am *EU-Western Balkans Investmentforum* in Tirana teilnahm. Sie lobte Albanien für die bereits erzielten Fortschritte auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft. Auf dem Investitionsforum kündigte von der Leyen die Auszahlung einer Tranche von 100 Millionen Euro an Albanien aus dem Wachstumsplan der EU an sowie die baldige Umsetzung der Abschaffung der Roaming-Gebühren zwischen der EU und den Ländern des Westlichen Balkans. European Western Balkans berichtet [hier](#).

Am Dienstag ging es weiter nach Montenegro und Bosnien und Herzegowina. Ursula von der Leyen würdigte in Ihrer Rede zur Eröffnung des Investitionsforums in Tivat vor allem den ambitionierten Plan Montenegros, die EU-Mitgliedschaft bis 2028 zu erreichen, erinnerte allerdings auch an die weitere Umsetzung von Reformen. Bei Ihrem Besuch in Bosnien und Herzegowina erinnerte die Kommissionspräsidentin an die historische Entscheidung der EU vor anderthalb Jahren, die Beitrittsverhandlungen mit dem Land aufzunehmen. Zugleich mahnte sie, Vereinbarungen, die für den Erhalt der ersten im Wachstumsplan vorgesehenen Mittel notwendig sind, abzuschließen und zu ratifizieren. European Western Balkans berichtet [hier](#).

Am Mittwoch wurde Ursula von der Leyen in Belgrad und Skopje erwartet. In Belgrad betonte sie die Bedeutung von Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und friedlicher Versammlung vor dem Hintergrund der anhaltenden Demonstrationen im Land. Sie forderte konkrete Fortschritte im EU-Beitrittsprozess, insbesondere in den Bereichen Justiz und Medien. Erstmals traf sie auch zivilgesellschaftliche Gruppen. European Western Balkans berichtet [hier](#). In Skopje traf die Kommissionspräsidentin anschließend mit Premierminister Hristijan Mickoski zusammen. Themen des Gespräches waren die europäische Perspektive Nordmazedoniens, der Fortschritt der Reformprozesse, die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die Energiesicherheit und die digitale Transformation.

Hochrangige Treffen im Rahmen des Berliner Prozesses

Am 16. Oktober trafen sich die Wirtschaftsminister der Länder des Westlichen Balkans und Regierungsvertreter der Unterstützerländer auf Einladung des diesjährigen Gastgebers der Berliner Prozesses, Großbritannien, in London. In einem Statement erklärte der Sprecher des Arbeitskreises Südosteuropa im Ost-Ausschusses, Christoph Beeck unter anderem: „Vom Ministertreffen in London erhoffen wir uns ein starkes Signal für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit und in den sechs Ländern des Westlichen Balkans und für deren Integration in den europäischen Binnenmarkt.“ Das vollständige Statement finden Sie [hier](#).

Am 8. und 9. Oktober 2025 kamen die Außenminister der Länder des Westlichen Balkans sowie der Unterstützer des Berliner Prozesses in Belfast zusammen. Der Fokus lag auf den Themen Versöhnung, Sicherheit, regionaler wirtschaftlicher Integration und Migration. Außenminister Johann Wadephul betonte die Bedeutung des Berliner Prozesses für den EU-Beitritt und

warnte vor einem Vertrauensverlust in Europa. „Der Westliche Balkan ist Teil unserer europäischen Familie. Darum ist für uns klar: Den eingeschlagenen Weg in die EU gehen wir gemeinsam mit den sechs Ländern der Region.“ Weiter erklärte der Außenminister: „Der Katalysator im EU-Beitrittsprozess der Staaten des Westlichen Balkans ist der Berliner Prozess. Diese Funktion ist wichtiger denn je. Denn die Menschen beginnen, das Vertrauen auf eine baldige Zukunft in der EU zu verlieren. Das können wir uns nicht leisten, denn dann droht ein Rückfall in alte Zeiten der Feindseligkeit und eine größere Rolle Russlands und Chinas. [Hier](#) finden Sie das vollständige Pressestatement vor der Abreise von Minister Wadephul. Über das Treffen in Belfast berichtet European Western Balkans [hier](#) und die FAZ [hier](#).

Das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs folgt am 22. Oktober in London.

Implementierung von SEPA

Albanien und Nordmazedonien haben am 7. Oktober 2025 mit der vollständigen Umsetzung des Single Euro Payments Area-Systems SEPA begonnen. Die Republik Moldau und Montenegro waren bereits am Tag zuvor vollständig einsatzbereit. Die vier Länder wurden schon zwischen November 2024 und März 2025 in den geografischen Geltungsbereich von SEPA aufgenommen. Damit umfasst SEPA nun 41 Länder. Auch Serbien ist seit Mai 2025 Teil von SEPA, allerdings wird die vollständige Integration der serbischen Banken erst im Mai 2026 erwartet. SEPA ermöglicht schnelle und standardisierte Euro-Zahlungen innerhalb Europas. European Western Balkans berichtet [hier](#).

Bosnien und Herzegowina

Am 30. September hat der Ministerrat von Bosnien und Herzegowina nach langer Verzögerung die Reformagenda des Landes verabschiedet, deren Abstimmung mit der EU Kommission Voraussetzung für den Zugang zu den Mitteln aus dem Wachstumsplan der EU sind, die für Bosnien und Herzegowina in Aussicht gestellt wurden. Anders als die anderen Länder des Westlichen Balkans hatte Bosnien und Herzegowina noch keine Agenda vorgelegt und vor diesem Hintergrund bereits auf Mittel in Höhe von 108 Millionen nicht zugreifen können. Die jetzige Annahme der Reformagenda erfolgte kurz vor Ablauf der letzten Frist, wodurch ein weiterer Verlust von 108 Millionen Euro abgewendet wurde. European Western Balkans berichtet [hier](#).

Republika Srpska: Milorad Dodik hat nach seiner Verurteilung durch das Verfassungsgericht und dem damit verbundenen Amtsverbot im August Sinisa Karan als Kandidaten für die Präsidentschaftswahl am 23. November nominiert. BalkanInsight berichtet [hier](#). Hintergründe zur Absetzung Dodiks finden Sie im [OA-Update Südosteuropa 06](#).

Bulgarien

In Varna gab es erneut Proteste, nachdem die Untersuchungshaft des Bürgermeisters der Stadt, Blagomir Kotsev, verlängert wurde. Das Berufungsgericht in Sofia entschied am 23. September Kotsev wegen der gegen ihn erhobenen Korruptionsvorwürfe weiter festzuhalten. Kotsev bestreitet die Vorwürfe, die nach Meinung einiger auf zweifelhaften Aussagen beruhen sollen. BalkanInsight berichtet [hier](#). Hintergründe zu der Verhaftung und den Vorwürfen gegen Kotsev finden Sie im [OA-Update Südosteuropa 06](#).

Kosovo

Am 12. Oktober fanden in Kosovo Kommunalwahlen statt. In der ersten Runde wurden 17 Bürgermeister direkt gewählt, davon 9 in serbisch-dominierten Gemeinden. In 21 albanisch dominierten Gemeinden gab es jedoch keine klaren Wahlsieger, weshalb am 9. November Stichwahlen stattfinden werden. Die Wahlbeteiligung lag bei 39 Prozent. Die Wahlen verliefen laut polizeilichen Angaben ruhig und ohne größere Zwischenfälle. BalkanInsight berichtet [hier](#) und European Western Balkans [hier](#).

Nach fast neun Monaten des politischen Stillstandes konnte das Parlament Kosovos am 10. Oktober seine Arbeit aufnehmen, nachdem Nenad Rasic, Vertreter der serbischen Minderheit zum stellvertretenden Parlamentspräsidenten gewählt wurde. Die Wahl wurde von der serbischen Partei Srpska Lista scharf kritisiert, die moniert, dass aus ihrer Sicht nur die stärkste serbisch-geführte Partei im Parlament das Vorschlagsrecht für die Besetzung des stellvertretenden Parlamentssprechers habe. Rasic vertritt eine andere Partei der serbischen Minderheit. Mit der Konstituierung des Parlaments kann auch die Regierungsbildung erfolgen. Allerdings muss dafür die stärkste Partei Vetevendosje Koalitionspartner finden. BalkanInsight berichtet [hier](#).

Serbien

Die US-Sanktionen gegen das serbische Ölonternehmen NIS, das sich mehrheitlich im Besitz von Gazprom Neft befindet, sind am 9. Oktober 2025 in Kraft getreten, nachdem eine weitere Fristverlängerung nicht gewährt wurde. Hintergründe zu den amerikanischen Sanktionen finden Sie im [OA-Update Südosteuropa 03](#). Der Ölkonzern NIS versorgt über 300 Tankstellen in Serbien und ist der größte Ölimporteur des Landes. Die Öllieferungen über die kroatische Pipeline JANAf wurden mit dem Start der Sanktionen gestoppt. Vor diesem Hintergrund drohen Versorgungsengpässe oder steigende Kraftstoffpreise. Zu den Sanktionen im Einzelnen und möglichen Folgen informiert Germany Trade and Invest (GTAI) [hier](#). Zu den Auswirkungen in Serbien und dem benachbarten Bosnien und Herzegowina, wo NIS ebenfalls mit Tankstellen vertreten ist, berichtet BalkanInsight [hier](#).

Slowenien

Wie EUalive mit Berufung auf seinen Informationspartner Siol.net berichtet, sind mehr als 10.000 slowenische Anleger von der Insolvenz des österreichischen Unternehmens MyWorld International betroffen. MyWorld meldete am 4. August Insolvenz an, zwei Tage später folgte die Insolvenzerklärung des dazugehörigen Netzwerkmarketingarms Lyconet. In der Folge wurden alle zugehörigen Websites und Anwendungen geschlossen, sodass die Anleger weder auf ihre Konten noch auf ihre Investitionen zugreifen konnten. Das Unternehmen lockte über Jahre hinweg mit angeblich hohen Renditen und nahm dabei vor allem Kleinanleger aus Slowenien ins Visier. Nun wurden Ermittlungen gegen den Betreiber eingeleitet. Die Betroffenen fordern Entschädigung und eine bessere Regulierung solcher Finanzprodukte. EUalive berichtet [hier](#).

Konjunktur

Ost-Ausschuss Handelszahlen Januar bis August 2025

Der Ost-Ausschuss hat die aktuellen Handelszahlen bis August 2025 ausgewertet. Wir haben hier für Sie die Zahlen für die Länder Südosteuropas zusammengestellt: Der Warenaustausch Deutschlands mit der Region erreichte in diesem Zeitraum ein Volumen von ca. 65 Milliarden Euro und stieg damit um 4,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Die Pressemitteilung sowie die Statistiken zu allen 29 Ost-Ausschussländern finden Sie [hier](#).

Ursprungs- und Bestimmungsländer	Warenverkehr in Tsd. €		Dt. Einfuhr in Tsd. €		Dt. Ausfuhr in Tsd. €		Änderung in % gg.über Vorjahr		
	Jan-Aug 2025	Jan-Aug 2024	Jan-Aug 2025	Jan-Aug 2024	Jan-Aug 2025	Jan-Aug 2024	Einfuhr	Ausfuhr	Handelsumsatz
Rumänien	28.120.917	27.173.885	13.028.409	12.230.045	15.092.508	14.943.840	6,5	1,0	3,5
Slowenien	10.719.761	9.343.554	5.256.094	4.597.196	5.463.667	4.746.358	14,3	15,1	14,7
Bulgarien	8.139.323	8.320.137	4.068.196	4.380.360	4.071.127	3.939.777	-7,1	3,3	-2,2
Serbien	6.777.627	6.270.277	3.549.289	3.057.200	3.228.338	3.213.077	16,1	0,5	8,1
Kroatien	5.839.226	5.358.294	1.814.198	1.598.074	4.025.028	3.760.220	13,5	7,0	9,0
Nordmazedonien	3.046.845	3.375.701	2.179.350	2.389.721	867.495	985.980	-8,8	-12,0	-9,7
Bosnien und Herzegowina	1.791.193	1.695.406	900.195	799.785	890.998	895.621	12,6	-0,5	5,6
Albanien	463.284	442.289	153.446	143.089	309.838	299.200	7,2	3,6	4,7
Kosovo	364.653	335.935	70.145	63.543	294.508	272.392	10,4	8,1	8,5
Montenegro	175.343	162.516	18.129	23.580	157.214	138.936	-23,1	13,2	7,9
WB - 6 Handel Gesamt	12.618.945	12.282.124	6.870.554	6.476.918	5.748.391	5.805.206	6,1	-1,0	2,7
SOE Handel Gesamt	65.438.172	62.477.994	31.037.451	29.282.593	34.400.721	33.195.401	6,0	3,6	4,7
Deutscher Handel Gesamt	1.939.631.624	1.908.185.825	902.645.020	867.500.789	1.036.986.604	1.040.685.036	4,1	-0,4	1,6

(C)opyright Statistisches Bundesamt (Destatis), 2025; Stand: 09.10.2025; Berechnungen des Ost-Ausschusses

Under pressure – Herbstprognose von der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD)

Am 25. September hat die EBRD die Wirtschaftsprognosen für die von ihr betreuten Länder vorgelegt. Demnach dürfte sich das prognostizierte Wachstum für 2025 auf 3,1 Prozent abschwächen, bevor es im Jahr 2026 auf 3,3 Prozent ansteigt, da die Volkswirtschaften in den EBRD-Ländern durch anhaltende geopolitische Spannungen, zunehmender Konkurrenz aus China sowie begrenztem fiskalpolitischen Spielraum unter Druck stehen. Die jüngste Prognose stellt eine Aufwärtskorrektur von 0,1 Prozentpunkten für 2025 im Vergleich zur Prognose vom Mai 2025 und eine Abwärtskorrektur von 0,1 Prozentpunkten für 2026 dar. Wir haben für Sie hier die Prognosen des realen BIP-Wachstums für Südosteuropa im Vergleich zur Frühjahrsprognose zusammengestellt. Den vollständigen Bericht finden Sie auf der Website der EBRD [hier](#).

Länder	EBRD Economic Prospect May 2025				EBRD Economic Prospect September 2025			
	2023	2024	2025F	2026F	2023	2024	2025F	2026F
Albanien	3,9	4,0	3,5	3,5	3,9	4,0	3,5	3,5
Bulgarien	1,9	2,8	2,8	2,6	1,9	2,8	3,2	2,6
Bosnien und Herzegowina	1,9	2,5	2,5	2,7	1,9	2,5	2,2	2,7
Kosovo	4,1	4,4	3,9	3,9	4,1	4,4	3,9	3,9
Kroatien	3,3	3,9	2,9	2,6	3,3	3,9	3,2	2,8
Montenegro	6,3	3,0	2,6	2,7	6,3	3,0	2,6	2,7
Nordmazedonien	2,1	2,8	2,6	2,7	2,1	2,8	3,0	3,0
Rumänien	2,4	0,8	1,6	2,4	2,4	0,8	0,9	1,6
Serbien	3,8	3,9	3,5	3,7	3,8	3,9	2,5	3,3
Slowenien	2,1	1,6	1,9	2,3	2,1	1,6	0,7	2,0
Durchschnitt SOE	3,2	3,0	2,8	2,9	3,2	3,0	2,6	2,8
Durchschnitt WB6	3,6	3,2	2,9	3,1	3,6	3,2	2,8	3,0

Quelle: Regional Economic Prospect "Under pressure", September 2025; <https://www.ebrd.com/home/what-we-do/office-of-the-chief-economist.html#customtab-6301568741-item-1af860d69f-tab>

Kommende Veranstaltungen

- **27. November:** German-Romanian-Moldovan Business Conference: Strengthening Partnerships – Turning Challenges into Opportunities.
Eine gemeinsame Veranstaltung der AHK Rumänien mit dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft. Weitere Informationen zum Programm und Anmeldeöglichkeiten finden Sie [hier](#).
- **3. Dezember:** Sitzung des Arbeitskreises Südosteuropa, 09:30 - 11:00 Uhr (Online) *Nur für Mitglieder.*

Weitere Veranstaltungen zu den Ländern der Region sind in Planung. Wir halten Sie mit dem kommenden Update oder als Mitglied direkt per Rundschreiben auf dem Laufenden.

Tipps & Links

- Die DGAP hat am 1. Oktober ein Memo zur aktuellen politischen **Situation in Bosnien und Herzegowina** nach dem Amtsverlust des Präsidenten der serbischen Entität Republika Srpska, Milorad Dodik, veröffentlicht. Sie können es auf der Webseite der DGAP [hier](#) downloaden.

Wichtige Quellen mit **aktuellen Informationen** zu den letzten Entwicklungen rund um die einzelnen Länder Südosteuropas sind die Seiten der Auslandshandelskammern und bilateralen Wirtschaftsvereinigungen:

- [Deutsch-Bulgarische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Delegation der Deutschen Wirtschaft in Bosnien und Herzegowina](#)
- [Deutsch-Kroatische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Kosovarisch-Deutsche Wirtschaftsvereinigung \(KDWW\)](#)
- [Delegation der Deutschen Wirtschaft in Nordmazedonien](#)
- [Deutsch-Serbische Wirtschaftskammer](#)
- [Deutsch-Rumänische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Deutsch-Slowenische Industrie- und Handelskammer](#)

Weitere **Informationen** zur Arbeit des Ost-Ausschusses und zu anderen Regionen in Mittel- und Osteuropa finden Sie auf unserer [Website](#), [LinkedIn](#), [Instagram](#) und [Facebook](#).

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge und Informationen+++

Sie möchten Mitglied im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft werden? Dann haben wir eine gute Nachricht für Sie! Denn dieses Angebot steht allen deutschen Unternehmen sowie deutschen Tochtergesellschaften ausländischer Unternehmen offen. Der Ost-Ausschuss öffnet Ihnen die Türen zu den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie Zentralasiens, auf die fast ein Fünftel des deutschen Außenhandels entfällt. Der Ost-Ausschuss bietet Ihnen regionale Arbeits- und Informationskreise, spannende Projekte wie die Unternehmensplattform Grüne Transformation und den Service Desk Ukraine sowie weit über 100 Fachveranstaltungen im Jahr.

Wir bieten Ihnen nicht nur aktuelle und teils exklusive Länder- und Brancheninformationen, sondern wir unterstützen Sie auch aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilaterale Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in die Region. Als Mitglied profitieren Sie von unseren engen Kontakten zur Bundesregierung und den Regierungen unserer Zielländer. Und das Beste: Eine Mitgliedschaft ist günstiger, als Sie denken, und zahlt sich schnell aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerks in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! [Hier](#) finden Sie weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft.

Kontakt



Anja Quiring

Regionaldirektorin Südosteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

T. +49 30 206167-130

a.quiring@oa-ev.de



Kathrin Enzenhofer

Assistentin der Regionaldirektion Südosteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

T. +49 30 206167-131

k.enzenhofer@oa-ev.de

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für den Inhalt von Webseiten, die über einen Hyperlink/elektronischen Querverweis erreicht werden, nicht verantwortlich. Wir machen uns die Inhalte dieser Internetseiten ausdrücklich nicht zu eigen und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit keine Gewähr leisten. Insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde, nicht derjenige, der über Links auf die jeweilige Veröffentlichung lediglich verweist.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ■ Vernetzen ■ Handeln



Pressekontakt:

Andreas Metz | Leiter Public Affairs
A.Metz@oa-ev.de
T. +49 30 206167-120
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.ost-ausschuss.de

@OstAusschuss

